

12.25

Abgeordneter Mag. Albert Steinhauser (Grüne): Sehr geehrte Damen und Herren! Bei dieser Gesetzesänderung geht es letztendlich um eine Situation, die sich auf zwei U-Bahn-Stationen in Wien bezieht – die U-Bahn-Station Thaliastraße und die U-Bahn-Station Josefstädter Straße. Jeder, der die Gesetzswerdung beobachten kann, weiß, dass die Situation dort eine entscheidende Rolle dabei gespielt hat.

Ich selbst wohne etwa einen Kilometer von diesen U-Bahn-Stationen entfernt, habe daher ein gutes Bild davon, was sich dort abspielt. Ich habe mir auch die Mühe gemacht, dorthin zu gehen und vor allem mit den Geschäftsbesitzern zu reden, da diese natürlich Beobachtungen machen, weil sie sich den ganzen Tag dort befinden. Der Erste, mit dem ich geredet habe, war ein Besitzer einer Döner-Imbissbude direkt an der Josefstädter Straße. Er hat gesagt, Probleme mit Dealern gibt es dort seit drei Jahren, und er vermutet, dass das mit der Renovierung des Karlsplatzes zusammenhängt, da das zeitlich zusammenfällt, und dass sich die Szene verlagert hat.

Dann war ich in einem Supermarkt gegenüber der U-Bahn-Station Josefstädter Straße. Dort hat man mir gesagt: Seit ungefähr acht Monaten kann man eine Zunahme an Dealern in der Umgebung der U-Bahn-Station Josefstädter Straße feststellen.

Dann war ich am Yppenplatz. Das ist eine Wohngegend, die sich in einer Entfernung von etwa 50 Meter bis 100 Meter von der U-Bahn-Station befindet. Dort hat man gesagt: Na ja, seit Ende 2014 in etwa. Aber, hat einer gesagt, jetzt im Winter ist es etwas besser, im Sommer wird es problematischer, wenn es warm wird, dann nimmt auch die Dealer-Szene zu.

In einer Bäckerei in der Neulerchenfelder Straße hat man gesagt: Es gibt seit über einem Jahr Probleme. Und auch dort wieder die interessante Feststellung: Jetzt ist es weniger arg, im Sommer ist es schlimmer. In unmittelbarer Nähe in der Neulerchenfelder Straße wurde mir in einem Handyshop berichtet: Die Probleme gibt es seit zwei Jahren.

Ich könnte jetzt diese Schilderungen fortführen, ich war in ungefähr eineinhalb Dutzend Geschäften. Das Bild ist immer ähnlich. Die Aussage ist: Ja, es gibt eine Zunahme an Dealern in dieser Gegend. Und diese Zunahme an Dealern gibt es seit – das geht jetzt ein bisschen auseinander – ein, zwei, drei Jahren.

Niemand hat mir gesagt: Die gibt es seit Anfang des Jahres. (*Abg. Hagen: Aber es ist intensiver geworden!*) – Das ist deswegen ein zentraler Zeitpunkt, weil seitdem nämlich diese Gesetzesänderung in Kraft ist, die der Herr Justizminister uns vorgelegt hat und

der viele zugestimmt haben. Das heißt, offensichtlich hat die Problematik dort nichts unmittelbar mit der Änderung der Gewerbsmäßigkeit zu tun, sondern es ist vielmehr so, dass es in einer Großstadt wie Wien immer eine Dealer-Szene gegeben hat und diese Dealer-Szene sich aufgrund unterschiedlichster Gründe verlagert. Ich bin jetzt zu wenig Kommunalpolitiker – auch wenn ich Wiener bin –, um das analysieren zu können. Offensichtlich hat sich diese Dealer-Szene in den letzten ein, zwei, drei Jahren unter anderem in diese zwei U-Bahn-Stationen verlagert.

Jetzt haben wir Folgendes gemacht: Wir haben das Strafgesetzbuch geändert, und jetzt kommen wir drei, vier Monate danach mit einer neuerlichen Gesetzesänderung. Dazu kommt noch – das hat der Kollege von der FPÖ richtig angesprochen –, dieser Antrag kommt jetzt ohne Begutachtungsverfahren.

Ich bin für eine andere Vorgangsweise. Ich bin dafür, dass man mit Gesetzesänderungen, gerade im Strafgesetzbuch, seriös umgeht.

Das heißt erstens: Ich hätte gerne eine Begutachtung gehabt. Ich habe diese Begutachtung auch im Justizausschuss mit dem Kollegen Scherak von den NEOS beantragt. An dieser Begutachtung hat es kein Interesse gegeben.

Mich hätte interessiert, wie Experten diese Bestimmung sehen, die jetzt beschlossen werden soll.

Zweitens: Ich hätte gerne gehabt, dass man sich relativ spezifisch die Situation vor Ort anschaut und analysiert, was die Ursachen für die Probleme dort sind, nämlich was sie wirklich sind, wenn schon vor ein, zwei, drei Jahren offensichtlich die Probleme zugenommen haben. Und dann hätte man darüber nachdenken müssen, was man tun kann.

Das Problem, das ich sehe, ist, dass die Änderung eines Strafparagraphen immer die einfachste Lösung ist, da sie in der Regel wenig kostet und irgendwie martialisch wirkt und sich jeder davon eine große Wirkung verspricht. In der Regel ist es aber oft so, dass das Strafrecht gesellschaftspolitisch am wenigsten bewirkt, auch wenn es die einfachste Antwort ist.

Frau Professor Beclin hat sich diesen Antrag angeschaut und analysiert, und sie sagt: Positive Effekte auf die Kriminalitätsslage sind von der geplanten Verschärfung daher nicht zu erwarten.

Leider gibt es keine tiefergehende Beschäftigung damit. Ich glaube, dieses Gesetz hätte eine Begutachtung verdient; für Schnellschüsse stehen wir nicht zur Verfügung. – Danke schön. *(Beifall bei den Grünen.)*

12.30

Präsident Karlheinz Kopf: Herr Abgeordneter Dr. Jarolim ist der nächste Redner. –
Bitte.